

Prävention kompakt

► Prävention kompakt

Auf diesen Seiten finden Sie nützliche Erklärungen von Begriffen rund um das Thema Prävention von A wie A.C.A.B. bis Z wie Zoll.



[A](#)
[B](#)
[C](#)
[D](#)
[E](#)
[F](#)
[G](#)
[H](#)
[I](#)
[J](#)
[K](#)
[L](#)
[M](#)
[N](#)
[O](#)
[P](#)
[Q](#)
[R](#)
[S](#)
[T](#)
[U](#)
[V](#)
[W](#)
[X](#)
[Y](#)
[Z](#)

Bagatelldelikt

Bei einem Bagatelldelikt handelt es sich um eine Straftat von geringer Bedeutung und geringer Schuld des Täters oder der Täterin. Der Begriff kommt im Gesetz als solches nicht vor, wird aber generell für Delikte von geringer Bedeutung verwendet.

Bandenkriminalität

Wenn mehrere Kriminelle bei einer Straftat zusammenwirken, nennt man dies Bandenkriminalität. Eine Bande besteht aus mindestens drei Mitgliedern.

Beamtenbeleidigung

Mit Beamtenbeleidigung bezeichnet man die in der Regel verbale Beleidigung eines Amtsträgers (z. B. eines Polizisten), die während seiner Dienstzeit oder in Beziehung auf seinen Dienst begangen wird.

Bengalisches Feuer

Bengalische Feuer (umgangssprachlich: „Bengalos“) sind pyrotechnische Produkte mit großer Leuchtwirkung und starker Rauchentwicklung, die von Fußballfans häufig als Fackeln bei Fußballspielen abgebrannt werden.

Beratungsstelle Radikalisierung

An die „Beratungsstelle Radikalisierung“ des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Nürnberg können sich alle Personen wenden, denen Radikalisierungsprozesse bei Angehörigen oder Bekannten auffallen und zu diesem Thema Fragen haben.

Bereitschaftspolizei

Wenn es um Sicherheit und Ordnung für den Bürger geht, erfordert der Arbeitsalltag der Landespolizeien viel Flexibilität. Oft benötigen sie dabei Unterstützung der Bereitschaftspolizei, die bei besonderen Anlässen jederzeit abrufbereit ist.

Beschaffungskriminalität

Der Begriff Beschaffungskriminalität umfasst alle kriminellen Handlungen zum Erwerb oder zur Finanzierung von Betäubungsmitteln. Klassische Delikte sind Eigentumsdelikte wie Einbruch, Diebstahl oder Raub.

Betäubungsmittelgesetz

Das Betäubungsmittelgesetz (exakt „Gesetz über den Verkehr mit Betäubungsmitteln“) regelt in Deutschland seit 1972 alle rechtlichen Bestimmungen, die im Zusammenhang mit Betäubungsmitteln auftreten.

Betriebskriminalität

Unter Betriebskriminalität versteht man Delikte, die von Beschäftigten eines Unternehmens begangen werden, um sich in der Regel selbst zu bereichern, während das Unternehmen geschädigt wird.

Betrug

„Betrug“ ist ein Vermögensdelikt im Strafrecht, bei dem der Täter das Opfer in der Absicht täuscht, sich rechtswidrig zu bereichern und dem Betrogenen somit einen materiellen Schaden zufügt.

Bewährung

Im Strafrecht bedeutet Bewährung, dass eine verhängte Freiheitsstrafe ausgesetzt wird und der Verurteilte – unter Einhaltung bestimmter Auflagen – in Freiheit bleibt.

Beweispflicht/-last

Die Beweispflicht (oder auch Beweislast) legt fest, wer vor Gericht dazu verpflichtet ist, seine Behauptungen zu beweisen. Als Beweis akzeptiert das Gericht zum Beispiel Dokumente oder Zeugenaussagen.

Beweissicherung

Vor Gericht sind die Beweise für ein Vergehen von entscheidender Bedeutung für eine Urteilsfindung. Die Polizei hat die Aufgabe, Beweise zu sichern. Dazu sammelt sie Spuren aller Art, auch Fotos und Videos, nimmt Verdächtige fest und verhört sie.

Beziehungsdelikte

Beziehungsdelikte sind Straftaten, die in einer spezifischen Täter-Opfer-Beziehung begangen werden: Das Opfer und der Täter kannten sich schon vor der Tat oder standen sich nahe.

BHE

Der Bundesverband der Hersteller- und Errichterfirmen von Sicherheitssystemen (BHE) vergibt für die im Verband gelisteten Errichter das BHE-Zertifikat „BHE-zertifizierter Fachbetrieb“ bzw. „BHE-zertifizierter Fachplaner“.

Big Data

Der Begriff „Big Data“ beschreibt immer größer und komplexer werdende bzw. sich schnell ändernde Datenmengen. Sicherheitsbehörden wie die Polizei werden im Rahmen ihrer Ermittlungen in Bezug auf Big Data vor große Herausforderungen

gestellt.

Blitzer

Umgangssprachlich „Blitzer“, „Radarfalle“ oder „Starenkasten“ genannte fest installierte oder mobile Geräte werden von der Polizei im öffentlichen Straßenverkehr zur Geschwindigkeitskontrolle von Fahrzeugen eingesetzt.

Blitzmarathon

Beim so genannten „Blitzmarathon“ führt die Polizei während eines bestimmten Zeitraumes an vorher festgelegten und bekanntgegebenen Stellen intensive Geschwindigkeitskontrollen bei Fahrzeugen durch.

Body Cams

Body Cams sind kleine „Körperkameras“, die von Polizisten in gefährlichen Einsätzen auf der Schulter getragen werden können, um das Geschehen aufzuzeichnen. Die Kameras dienen der Abschreckung und helfen bei der Aufklärung von Straftaten.

Bootcamp

Als Bootcamp wird ein Trainingslager für Soldaten bezeichnet, vor allem in den USA. Seit den 1990er Jahren fallen auch Einrichtungen zur Umerziehung von Verbrechern, aber auch von straffällig oder auffällig gewordenen Jugendlichen unter diesen Titel.

Botnetz

Botnetze entstehen, wenn Internetkriminelle bis zu mehrere Millionen PCs per Fernsteuerung ohne das Wissen ihrer Nutzer zusammenschließen, um zum Beispiel Spam-Mails zu verschicken oder einen Server durch massenhafte Anfragen lahmzulegen (DDos-Attacken).

Brandschutz

Unter Brandschutz versteht man sowohl alle Maßnahmen, mit denen man einen Brand verhindern kann (vorbeugender Brandschutz) als auch Maßnahmen, die das effektive Löschen eines Brandes und die Rettung von Menschen ermöglichen (abwehrender Brandschutz).

Bremsweg

Der Bremsweg ist die Strecke, die ein Fahrzeug vom Beginn des Bremsvorgangs bis zum Stillstand zurücklegt.

Brief- und Postgeheimnis

Das Brief- und das Postgeheimnis sind Grundrechte des Bürgers, um die Vertraulichkeit und Unverletzlichkeit von Brief- und Postinhalten gegenüber Staat, Postangestellten und anderen Unbefugten zu schützen.

Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK)

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) ist unter anderem für das Krisen- und Risikomanagement in Deutschland verantwortlich, etwa bei außergewöhnlichen, national bedeutsamen Gefahren- und Schadenlagen.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ist zuständig für die gesellschaftliche Integration von Zuwanderern, die Durchführung von Asylverfahren, den Flüchtlingsschutz und die Förderung der freiwilligen Rückkehr.

Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI)

Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) ist der zentrale IT-Sicherheitsdienstleister des Bundes. Das BSI informiert und berät Nutzer und Hersteller von Informationstechnik und entwickelt IT-Sicherheitsanwendungen und -produkte.

Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV)

Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) beobachtet hauptsächlich Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung verstoßen oder die Sicherheit des Landes gefährden. Außerdem betreibt es Spionagebekämpfung.

Bundesdatenschutzgesetz

Das deutsche Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) regelt den Umgang mit personenbezogenen Daten, um den Einzelnen vor einer Beeinträchtigung seiner Persönlichkeitsrechte zu schützen.

Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM)

Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) ist eine selbständige Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) mit Sitz in Bonn.

Bundeskriminalamt

Das 1951 gegründete Bundeskriminalamt (BKA) ist eine Bundesbehörde, die dem Bundesministerium des Innern untersteht. Es ist für die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern bei der Verbrechensbekämpfung zuständig.

Bundesministerium für Gesundheit (BMG)

Das Bundesministerium für Gesundheit ist für die Erhaltung und Fortentwicklung der Leistungsfähigkeit der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung zuständig. Darüber hinaus nimmt das BMG zahlreiche Präventionsaufgaben im Bereich Gesundheit wahr.

Bundespolizei

Die Bundespolizei (bis 2005 „Bundesgrenzschutz“) ist dem Bundesinnenminister unterstellt. Sie dient dem Schutz der inneren Sicherheit auf Bahnhöfen, Flughäfen, an Außengrenzen, bei Katastrophen und im Kampf gegen Terrorismus und Gewaltkriminalität.

Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien

Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien dient dem medialen Jugendschutz und führt auf Basis des Jugendschutzgesetzes eine Liste jugendgefährdender Medien.

Bundesverfassungsgericht (BVerfG)

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) mit Sitz in Karlsruhe ist das höchste deutsche Gericht und oberster Hüter der Verfassung. Seit seiner Gründung im Jahr 1951 wacht es über die Einhaltung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland.

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)

Die BZgA übernimmt in Deutschland Aufgaben rund um die Gesundheitserziehung und -aufklärung. Sie erfüllt diese Aufgabe als Fachbehörde auf Bundesebene im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG).

Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)

Das Bürgerliche Gesetzbuch (kurz: BGB) regelt die Rechtsbeziehung zwischen Privatpersonen beziehungsweise rechtlich gleichgestellten Teilnehmern, auch Unternehmen. Das Bürgerliche Recht ist Teil des Privatrechts.

Burn-out

Der Begriff Burn-out bezeichnet wortwörtlich das „Ausgebranntsein“ eines Menschen aufgrund von permanentem Stress und stetiger Überlastung. Die Betroffenen befinden sich dadurch in einem dauerhaften Erschöpfungszustand.

Buße

Die Buße beziehungsweise das Bußgeld oder die Geldbuße ist eine Sanktion von Ordnungswidrigkeiten, die nicht besonders schwerwiegend sind.

Bußgeldkatalog

Im Bußgeldkatalog (BKat) ist aufgelistet, bei welchen Ordnungswidrigkeiten eines Verkehrsteilnehmers nach dem Straßenverkehrsgesetz (StVG) welche Verwarnungen, Geldbußen und Fahrverbote drohen.

Bystander-Effekt

Nach der Theorie des „Bystander-(oder „Zuschauer-)Effekts“ greifen Zeugen in Ausnahmesituationen umso seltener ins

Geschehen ein, je mehr Menschen anwesend sind.

A
B
C
D
E
F
G
H
I
J
K
L
M
N
O
P
Q
R
S
T
U
V
W
X
Y
Z

© Verlag Deutsche Polizeiliteratur